

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 4

Artikel: Geschnetztes nach Zürcher Art
Autor: Lutz, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339705>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

am Anfang der siebziger Jahre geschlagen wurden, sind wieder aufgebrochen. Damals wie heute sind es die gleichen Gruppierungen in unserer Partei, die – nicht nur bezüglich der SPZ-Haltung zu den Jugendunruhen – gegensätzliche Positionen vertreten. Anlässlich eines Gespräches zwischen Vertretern des «Aufrufs» und der Geschäftsleitung der SPZ kam dies sehr deutlich zum Ausdruck. Am jugendpolitischen Engagement der SPZ wird weniger die Übernahme der Trägerschaft für das AJZ kritisiert als vielmehr ihre Position zu den Gewalttätigkeiten, die sich auf Zürichs Strassen ereignet haben. Die SPZ, so wird gesagt, habe sich nicht genügend von den Gewaltanwendungen distanziert.

Das Verhältnis der SPZ zur Frage der Gewalt

Diese Vorwürfe sind unhaltbar. Die SPZ hat im Verlaufe der Ereignisse mehrmals betont, dass für sie Gewalt kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein könne. Gerade deshalb hat sie aber auch mehrmals den unverhältnismässigen Einsatz staatlicher Gewaltmittel kritisiert. Sie hat auch immer wieder auf den nicht zu übersehenden

Zusammenhang zwischen diesen beiden Arten der Gewaltanwendung hingewiesen. Für die SPZ zeichnet sich der gerade von bürgerlicher Seite immer wieder als bedroht erklärte Rechtsstaat dadurch aus, dass er die staatliche Macht an Gesetze bindet und nicht dadurch, dass er politische Probleme zu juristischen erklärt, um sie mit massiven polizeilichen Einsätzen, zahllosen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Strafverfahren zu «lösen». Weit mehr als durch zerbrochene Fensterscheiben wird der Rechtsstaat durch ungesetzliches Handeln staatlicher Organe gefährdet. Wer deshalb von der SPZ heute verlangt, dass sie sich noch mehr als es geschehen ist von den jugendlichen Gewalttätigkeiten hätte distanzieren müssen, verlangt im Grunde nichts anderes als die Billigung staatlichen Gewaltmissbrauchs gegen die aufmüpfige Jugend. Damit hätte aber die SPZ weder ihre Vermittlerrolle noch die Trägerschaft für das AJZ übernehmen können. Hierfür war ein minimales Vertrauen der Jugendlichen gegenüber der SPZ eine absolute Voraussetzung. Eine glaubwürdige Trägerschaft liess sich nicht trennen von einer bestimmten Position zu den Gewalttätigkeiten. Beides sind Aspekte

des Phänomens oder besser gesagt der Realität Jugendbewegung, einer Realität, die es in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen zu verstehen gilt, wenn ernsthaft Lösungen für diese Probleme gefunden werden sollen.

Was not tut

Nach wie vor sind die Parteigremien der SPZ der Überzeugung, dass unsere Partei Wesentliches zur Lösung dieser Probleme beitragen kann und muss. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass sie ihre Kräfte nicht in internen Streitigkeiten verzettelt. Gerade in politisch schwierigen Zeiten gilt es, eine auf möglichst breitem Konsens beruhende Handlungsfähigkeit der Partei zu wahren und deren Einheit nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Einen Schritt in dieser Richtung haben die SP-Vertreter im Zürcher Stadtrat getan: Sie haben sich bereit erklärt, ihre Parteiausgleichsbeiträge wieder wie üblich an die Parteikasse abzuliefern. Bleibt zu hoffen, dass sich auch die «23» und ihre «Gesinnungsfreunde» an diesem Verhalten sinngemäss ein Beispiel nehmen.

(Leonhard Fünfschilling ist Präsident der SP der Stadt Zürich und Kantonsrat).

Andreas Lutz

Geschnetztes nach Zürcher Art

Eine «Erdbebenwarte» hat ein Zürcher Journalist die SP genannt. Er dürfte damit nicht Unrecht haben. Das Zentrum des jüngsten Bebens

an der Bahnhof- und Limmatstrasse hat nicht nur Zürich, sondern auch die SP in Brand gesetzt. Die Epizentren sind scharf registrierbar: Der

Stadtrat stieg geschlossen auf ein anderes Konto um. Die Oppositionsgruppe der Asos (Altsozialisten) formierte sich mit lautem Getöse im bürgerlichen Pressekonzert. Weit sichtbar flatterte ungewaschene SP-Unterwäsche durch den Blätterwald. Der exhibitionistische Drang einiger Genossen, sich möglichst nackt an bürgerlichen Marktplätzen den Hintern zu ver-sohlen, wurde mit gebühren-

dem Interesse zur Kenntnis genommen. Was kann es in bürgerlichen Wahlprospekten Lustvolleres geben, als eine Präsentation blutender Körperteile des Gegners, die man nicht einmal selbst abschneiden musste.

SP und Unzufriedene

Ausgangspunkt des akuten Konfliktes war ohne Zweifel die Haltung der Geschäftsleitung der SP der Stadt Zürich in bezug auf die Jugendbewegung. Plötzlich in der dummen Situation stehend, als einzige Partei der Stadt die Trägerschaft des AJZ übernehmen zu können und damit einen Beitrag zu einer möglichen Lösung zu leisten, hat die Parteileitung nicht gezögert. Die DV ist ihr grossmehrheitlich gefolgt. In dieser Situation musste die SP die Rolle des Prügelknaben übernehmen. Man hätte in einigen Situationen manchmal etwas anders reagieren können, letztlich aber bleiben die Fakten so wie sie sind. Die polizeiliche Schliessung des Zentrums war ein gleichsam «öffentlich legitimierter» Akt der Kriminalisierung der SP. In dieser Spannung mussten logischerweise halbverwachsene Wunden früherer Konflikte aufbrechen.

Alte Wunden bluten neu

Nur teilweise war die aufbrechende Kritik an der Parteileitung ihrer Haltung in der Jugendfrage zuzuschreiben. Im Vordergrund stehen viel weniger ideologische Fragen als simple Machtstrategie. Die durch den Konflikt mit den Stadträten belebte Diskussion um Regierungsbeteiligung und Wahlabkommen, ist für die Gewerkschaften existentiell. Es geht dabei um die Erhaltung der Macht zur



Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Auch die ganze Diskussion um die Regierungsbeteiligung ist viel weniger eine ideologische Diskussion, wie es in intellektuellen Zirkeln oft den Eindruck erweckt, als eine Machtfrage der gesamten Arbeiterbewegung: Ist sie mobilisierungsfähig genug, mehr Gegenmacht in der Opposition zu erzeugen, als sie heute in der Exekutivposition real durchsetzen kann? Diese Fragen sind kontrovers. Ihre vorschnelle Entscheidung gegen den Status quo würde die Partei mit Sicherheit spalten. Werden diese zwei konkreten Fragen vorläufig nicht zur Entscheidung gebracht, so ist zwar ein akuter Spaltpilz aus der Welt geschafft, aber es bleiben genug andere übrig.

Gegen oder für die Partei?

Vorläufig ist die neugegründete «Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Zürich» ein diffuses Sammelbecken von Genossinnen und Genossen, die mit der Partei in verschiedener Hinsicht unzufrie-

den sind. Verbitterte und Vergessene haben sich zusammengeschlossen. Hier liegt eine grosse Gefahr. Verbitterte Gegner der Partei und solche, die sich vermehrt in der Partei engagieren möchten, gehören nicht in denselben Kübel. Würde der Arbeitsgemeinschaft ein klarer Status im Sinne eines Teils ihrer wohlmeinenden Initianten zugestanden, dann könnte eine derartige Aktivität sogar fruchtbar sein. Auch die Arbeitsgemeinschaft bedarf einer programmatischen Zielsetzung, um nicht der Gefahr eines Missbrauchs durch vorhandene Spalter zu erliegen.

Auffangstrukturen schaffen

Ausserhalb der Parteiorgane im engeren Sinn liegen viele Möglichkeiten der Reintegration dissidenter Parteimitglieder. Mit Tagungen ist die Parteileitung schon vorausgegangen. Die mittelfristigen Konfliktpotentiale liegen im programmatischen Bereich. Unkonventionelles Vorgehen der Parteileitung könnte Wunder wirken.